

Wirtschaft



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vormittags-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeithilber". Sonstige Beilagen: "Musikblatt" — "Recht und Leben" — "Umschau in Technik und Wirtschaft" — "Für Ruhe und Wanderung" — Literarische Umschau.

Verlag: Ullstein, Chardruken: Georg Bernhards, Veranm. Redaktionen: (M. Ansd. d. Handeltreib.) Carl Misch, Berlin. Ueberl. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Hugenberg allerhöchselfelbst

Durch den "Berliner Lokal-Anzeiger" und durch eine Reihe von Korrespondenzen in Druck- und Schrift und Mätern wird nicht selten Zahlen das Gift der Volksverhetzung in Deutschland verbreitet. Der "Berliner Lokal-Anzeiger" und diese Korrespondenzen haben gemeinsam den sogenannten Hugenberg-Kongress. Dem der Herrscher "Hugenberg", der frühere Stupp-Direktor und spätere Organisator der deutschnationalen Pressepropaganda, leitet hinter den Kulissen das ganze Pressegerücht im "Berliner Lokal-Anzeiger" und diese angeführten Korrespondenzen. Es muß ein lebendes feierliches Anzeichen nachlesen, daß der Herrscher den Stoff besorgt und allerhöchselfelbst zur Feder gegriffen hat. In der Sonntagsausgabe des "Berliner Lokal-Anzeigers" prangt über einem feierlichen die fette Lebergröße: "Die große Züge von Dr. A. Hugenberg, M. d. R."

Dr. Hugenberg knüpft an den Anspruch eines sozialistischen Abgeordneten im Reichstag, der, gelang haben soll, die Anklagen in ein Werk der deutschen Wirtschaft zu verwandeln. Das ist in dieser Allgemeinheit natürlich eine Unberechtigung. Aber die Anklagen in Deutschland ist zweifellos ein Werk gewisser deutscher Wirtschaftler, zu denen insbesondere Dr. Hugenberg und die ihm nachstehenden schwerindustriellen Kreise gehören. Sie haben sich die Anklagen in der Tat sehr gefördert. Sie haben sich auf Kosten der großen Mehrheit des verarmten deutschen Mittelstandes bereichert. Dr. Hugenberg hat die Mittel, um den ganzen Hugenbergischen Presseapparat kaufen und erhalten zu können, den bestenfalls zu erhalten, die an der Anklage werden und die die Anklage ganz benutzt allen Verbrechen wiederholt haben, das deutsche Geldwesen wieder in eine ordnungsmäßige Verfassung zu bringen.

Die Erkenntnis dieser Tatsache bringt heute bereits in immer weitere Kreise. Und die Furcht vor den Folgen dieser Erkenntnis ist es auch, die Dr. Hugenberg dazu veranlaßt hat, in dem Kongress selbst das Wort zu nehmen. Dr. Hugenberg schreibt, die deutsche Wirtschaft, "gleich heute einen großen Sieg, durch dessen Züge in Form der Betriebsverhältnisse der Reich der deutschen Betriebskapitalien allmählich verdrängt." Aber Dr. Hugenberg verweigert den Leuten des "Berliner Lokal-Anzeigers" in anzu-bis so ist. Die Betriebe der deutschen Wirtschaft haben nämlich den größten Teil ihres früheren Kapitals durch die Tätigkeit der Freunde des Dr. Hugenberg in der Inflationszeit eingebüßt. Die mittleren und kleinen Betriebe der deutschen Industrie und selbst sehr große Anlagen der verarbeitenden Industrie haben ihr Geld als Tribut an die Inflationsgewinner zahlen müssen. Deshalb fehlen die Mittel, um die deutsche Industrie rational auszubauen. Und deshalb ist die deutsche Wirtschaft ein Gieß. Aber die Köder im Faden der deutschen Wirtschaft, die Freunde des Dr. Hugenberg haben in der Inflationszeit der Tätigkeit der Freunde des Dr. Hugenberg.

Dr. Hugenberg erklärt, die deutschen Betriebe müssen wieder renabel gemacht werden, das ganze aber nicht ohne Zollschutz und Steuerabbau. Der Zollschutz wird die deutsche Wirtschaft nicht renabel machen. Er wird vielmehr die Geldgeber der deutschen Wirtschaft nur vernichten. Die Freunde des Dr. Hugenberg haben in der Inflationszeit den deutschen Volk verdient. Sie wollen jetzt mit dem Zollschutz an deutschen Volk verdienen. Am deutschen Volk und vor allem an der deutschen Wirtschaft, deren Unternehmer in der großen Mehrheit den Zollschutz ablehnen, es sich nicht zu leisten getrauen, weil sie vor den Hugenbergischen Pressepolitischen Angst haben. Wenn ein Unternehmer, der irgendwo in geschäftlicher Beziehung zur Schwerindustrie steht, es wagt, gegen die Zölle zu agitieren, lo riskiert er außerdem auch noch, die Befehlungen der Schwerindustrie nicht mehr zu befolgen.

Gegenab protest aber wirkt es, wenn Dr. Hugenberg zur Gründung der deutschen Betriebe den Steuerabbau vor schlägt. Die Oppositionsparteien haben bei der augenblicklichen Beratung der Steuerfrage immer wieder darauf hingewiesen, daß die jetzt vorgeschlagenen Steuern die Konsumkraft der breiten Massen des deutschen Volkes vernichten und die Produktivität der deutschen Wirtschaft erschöpfen. Gerade die engsten Freunde des Dr. Hugenberg haben nicht nur diese Steuern gebilligt, sondern sie legen alles daran, die Opposition in der Bekämpfung der Steuervorlagen mundtot zu machen. Der Staat zieht unter Zustimmung der Freunde des Dr. Hugenberg die Steuern zu hoch an, um die Arbeiterschaft in Form von hoher Steuern. Aus den Überflüssen, die bei der Realisierung des Staats für 1924 auf Kosten aller deutschen Steuerzahler, namentlich der Mehrzahl der deutschen Unternehmer, gemacht worden sind, wurden Hunderte von Millionen für Hugenberg-Abhängigen an die Freunde des Dr. Hugenberg verteilt. Ein großer Teil der mittleren Arbeiterschaft, namentlich aber viele kleine Kleinindustriellen, haben unzu-

Tätigkeits und teilweise überhaupt noch keine Entschädigungen erhalten. Die jetzt beschlossenen hohen Steuern müssen Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Betrübten bei den deutschen Unternehmern hervorruhen. Alles Schwebwerk des Dr. Hugenberg wird nichts nützen, um den Staat zu

deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Unternehmerfamilie von den wertvollsten Schulden abzulösen. Daß diese Schulden diese Erkenntnis fürchten, dafür ist es ein bedauerliches Zeichen, daß der große Hugenberg selbst zur Feder gegriffen hat. (M. d. R.)

Gebierung an die Optanten

Neue Maßnahmen der Preussischen Regierung

Der preussische Minister des Innern Geering, der von Schwebemühl nach Berlin zurückgekehrt ist, läßt durch einen Anschlag im Lager Schwebemühl folgendes bekanntgeben:

1. Es wird von der Preussischen Regierung als daran gesetzt, um einmal den Wohntransport eines erheblichen Teils der Optanten in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke kurz zu beschleunigen und indem für die im Lager Zurückbleibenden weitgehende Erleichterungen ihrer finanziellen Lage zu schaffen.

Zu diesem Zweck gehen noch am Dienstag, 4. August, an die preussischen Regierungspräsidenten eilige dienstliche Anweisungen des Ministeriums des Innern heraus, sofort alle erforderlichen Verfügungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl der Optanten in ihrem Regierungsbezirk beruflich unterzubringen und mit Wohnung zu versorgen. Wo dies über den Rahmen der bereits erledigten Optantenwohnungen hinaus notwendig ist, werden die benötigten Mittel zur weiteren Unterbringung für Optanten von der Staatsregierung sofort zur Verfügung gestellt. Voraussetzungslos sind auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Optanten in die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schwebemühl eintritt.

2. Bei den Wohntransporten in die Regierungsbezirke werden vor allem die Angehörigen der Berufsgruppe berücksichtigt werden, bei denen anzunehmen ist, daß bei der für sie unangenehmen Lage des Arbeitsmarktes (freie Berufe, Handwerke, Kaufmännische Angestellte) Unterbringungen an den gewöhnlichen Arbeitsmarkten im Lager Schwebemühl nicht einlaufen werden. Für die Angehörigen der übrigen Berufs- und Landarbeiter, Handwerker usw., wird nach wie vor die zentrale Arbeitsvermittlung, durch die auch schon am Montag, den 3. August wieder 200 Personen mit Arbeit versorgt und abtransportiert werden konnten, sich einrichten. Am ganzen wurden bis jetzt schon Optanten mit einem Familienstand von 5000 Personen beruflich untergebracht.

3. Für die vorläufig im Lager Zurückbleibenden sind die folgenden Maßnahmen vorgesehen, die alle mit größter Beschleunigung in Kraft treten werden, sich durch ihre Durchführung der Preussische Staatsregierung keine finanziellen Opfer und keine Mühe sparen wird:

- a) Es werden in ausreichender Anzahl Bettstellen fertiggestellt und die Zahl der bereits vorhandenen Familien-Koten beibehalten werden. Für die besten Stellen auf die aus Berlin bereits angeforderten 3000 Betten zur Verfügung.
  - b) Für Wäscherinnen und Kranke werden die Wäscherinnenheim und Stranzenhäuser sowie sonstige sanitäre Einrichtungen nicht nur Schwebemühl, sondern auch der benachbarten Landkreise zur Verfügung gestellt. Sollte die Zahl der Kranke nicht ausreichen, so werden Kranke der Gegend sofort zur Beschleunigung nach dem Schwebemühligen Lager transportiert.
  - c) Die Gesundheitsvorrichtungen des Lagers werden vervollständigt.
  - d) Es wird ein Kinderheim mit einer ausreichenden Zahl von Plätzen für die Kinder der Optantenfamilien errichtet.
  - e) Der Jugend und den sportlichen Männern im Lager werden sich die sportplatzartigen Bezirke der Gegend sofort zur Verfügung stellen, um durch Sport und Spiel den Anfall des Lagers über die erzwungene Inaktivität hinwegzuführen.
  - f) Die im Lager befindliche Bibliothek wird zu einem Unterhaltungs- und Beschaftungswahl.
  - g) Es wird im Lager eine Beratungsstelle eingerichtet, die den Optanten unentgeltlich in allen Rechts-, Wohnungs- und Berufsfragen sachkundige Auskunft geben soll. Die Beratungsstelle wird mit juristisch geschulten Männern besetzt, die auch insbesondere genau mit den polnischen Verhältnissen vertraut sind.
- Ich habe die Überzeugung, nicht zuletzt auf Grund meiner eigenen glänzenden Einblicke von den Wünschen und der Stimmung im Lager Schwebemühl, daß durch ein Zusammenwirken aller in Anschlag genommenen und sehr hoch durchgeführten Maßnahmen sowohl ein erheblicher Teil der Optanten schnell innerhalb der verbleibenden Teile des Landes wieder in geordnete berufliche und Wohnungsverhältnisse übergeführt werden wird, als auch noch die vorläufig im Lager Verbleibenden das Schwere des ihrer Ausweisung dort noch Möglichkeit gelindert fühlen werden.
- Berlin, den 3. August 1925.  
(183) Geering, Minister des Innern.  
(Siehe auch erste Beilage.)

Durchpeitschung der Zollvorlage

Reichsminister Dr. Brücker hatte für gestern Abend die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien zu sich gebeten, um mit ihnen über die parlamentarische Durchbringung des Zollgesetzes zu sprechen. Es handelte sich dabei nicht lediglich um die Beratung der parlamentarisch-technischen Frage, wenn man mit der Erörterung der Zollvorlage begonnen und wenn sie beendet werden könnte, sondern auch um die weit wichtigere politische Frage, wie die Mehrheit für das Zollkompromiß einmündig gebildet werden könnte. Förderungen, die das Zentrum über das abgelehnte Kompromiß hinaus noch erhebt, spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Minimalkolle für Bier und Fleisch bemittelt worden, allerdings mit der Bedingung, daß für Exportzölle, soweit es für die Verfloraung der materielle ländliche Bevölkerung notwendig ist, Zollfreiheit gewährt wird. Die Vertreter der Gewerkschaften, also der Sozialdemokraten, im Zentrum haben diese Vereinbarungen als unangenehm befürwortet. Es ist aber dem Abgeordneten Geering, der heute politisch auf den Zusammenhalt der gegenwärtigen Mehrheitsparteien entscheidend überlegen ist, gelungen, das Zollkompromiß im Zentrum durchzuführen, obwohl es im letzten Widerstreit hand zu ihnen verließen, die in Köln auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften aufgestellt worden sind. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften ein heftiger Widerspruch gegen die Haltung der Zentrumsfraktion geltend machte. Er ist nicht ohne Einbruch geblieben.

Das Zentrum hat vor einigen Wochen einen Zollkompromiß aufgestellt, das in der Form von sechs Anträgen im Bundesparlamenten Aussehen von den Mehrheitsparteien vertreten und angenommen wurde. In diesem Kompromiß wurde vorgesehen, daß die Minimalkolle für Getreide in der Höhe von 3 Mark bzw. 3,50 Mark bis zum 31. März 1926 verschwinden sollen. Dieser Erfolg ist allerdings dadurch illusorisch gemacht worden, daß sich die Mehrheitsparteien untereinander verpflichtet haben, keinem Bundesantrag zuzustimmen, der unter den Bedingungen von 3 bis 3,50 Mark hinausgetragen werden sollte. Dagegen sind

Die Demütigungen des Zentrums gehen nun dahin, Verlesungen an dem Kompromiß zu erreichen. Brot und Fleisch sollen um ein geringes dadurch verbilligt werden, daß man sie von der Umhüllung völlig freisetzt. Dieser Vorgang steht gegenwärtig im Diskussion. Die Regierung vermag sich im Fall nicht zu entscheiden, und es ist möglich, daß sie es vorzieht, bei der breiten Beratung der Steuerfrage die allge-























